

Strategie mit vielen blinden Flecken

Wasserstoff Nachdem die Bundesregierung sich monatelang nicht auf ein gemeinsames Vorgehen einigen konnte, soll nun ein neuer Innovationsbeauftragter schnell den Weg in die Wasserstoffwirtschaft ebnen. Wo bleiben dabei die Stadtwerke?



Foto: Shutterstock

ARIANE MOHL, Berlin

Über einen Mangel an Herausforderungen kann *Stefan Kaufmann* sich aktuell nicht beklagen. Am 19. Juni hat Bundesforschungsministerin *Anja Karliczek* den CDU-Bundestagsabgeordneten aus Stuttgart zum Innovationsbeauftragten »Grüner Wasserstoff« ernannt. Kaufmann soll das, was sich nach Jahren des Stillstands plötzlich zu einem Megatrend entwickelt hat, nun schnell auf die Straße bringen.

Zeit, da sind sich alle einig, ist beim Wasserstoff ein ganz entscheidender Faktor. Schließlich will Deutschland international zu einem Vorreiter beim grünen Wasserstoff werden. Auf längere Sicht strebt

die Bundesregierung sogar die Weltmarktführerschaft bei Wasserstofftechnologien an. So steht es in der Nationalen Wasserstoffstrategie (NWS) und so wird es auch von allen Politikern betont, die mit dem Thema befasst sind.

Geht es um die Details der Wasserstoffpläne, ist es mit der Einigkeit allerdings schnell vorbei. Für die einen ist die NWS ein Meilenstein, für die anderen ein unausgeglichener Kompromiss. Während die einen loben, dass die Bundesregierung sich nach langem Hin und Her entschieden hat, den Fokus auf grünen Wasserstoff zu legen, ärgern sich die anderen über die mangelnde Technologieoffenheit. FDP und Grüne haben unlängst eigene Wasserstoff-Anträge in den Bundestag eingebracht, die sich teils stark von den Plänen der Bundesre-

gierung unterscheiden. Die Linke hält die Überlegungen der Bundesregierung ohnehin für »reines Wunschdenken«.

Unterbelichtete Rolle der Stadtwerke

| *Stefan Kaufmann*, das zeichnet sich bereits jetzt ab, steht vor der Quadratur des Kreises. Die Situation wird nicht leichter dadurch, dass etliche Bundesländer inzwischen eigene Wasserstoffstrategien auf den Weg gebracht oder bereits beschlossen haben. Diese gilt es nun unter einen Hut zu bringen. Zusätzlich ist Druck im Kessel, weil etliche groß angelegte Wasserstoffprojekte zum Teil schon lange in den Startlöchern stehen, bislang aber nicht umgesetzt werden konnten, weil die regulatorischen Rahmenbedingungen nicht passen.

Unangenehme Fragen dürfte Kaufmann sich auch von dem einen oder anderen Stadtwerke-Chef gefallen lassen müssen. Schließlich geht die Wasserstoffstrategie des Bundes kaum auf die dezentrale Wasserstofferzeugung ein. Dabei – da sind sich die Entscheider in den kommunalen Unternehmen und auf die Energiebranche spezialisierte Berater einig – schlummern dort durchaus Potenziale, die für die Energiewende genutzt werden sollten. »Wasserstoff ist mit Sicherheit auch für die Stadtwerkebranche etwas, über das man nachdenken sollte«, erläutert *Olaf Unruh*, einer der Geschäftsführer des Aachener Beratungshauses BET. Es komme dabei weniger auf die Farbe des Wasserstoffs an, als auf das Geschäftsmodell. »Die Entscheider in den Stadtwerken müssen sich die Frage stellen, welche Rolle Wasserstoff in ihrer Wertschöpfung spielen soll.«

Eine Blaupause werde es nicht geben,

stellt Unruh klar. »Die Antworten werden sehr individuell sein. Für Stadtwerk A könnte es sinnvoll sein, den Mobilitätsbereich in den Blick zu nehmen. Für Stadtwerk B könnten wiederum Wärmeanwendungen der bessere Ansatz sein.« Auf die Größe des Stadtwerks komme es dabei nicht an, sondern auf die Gegebenheiten vor Ort. »Ein kleines Stadtwerk könnte beispielsweise beim Thema Wasserstoff sehr gute Karten haben, wenn es vor den Toren der Stadt große PV-Flächen gibt, die Überschussstrom produzieren.« Klar sei, dass jedes Stadtwerk vor dem Hintergrund ehrgeiziger bundesweiter aber auch kommunaler Klimaziele seinen Beitrag zum Umbau des Energiesystems prüfen müsse, wenn es überleben wolle.

Um den Hochlauf der Wasserstofftechnologie zu ermöglichen, muss die Politik allerdings noch an einigen Stellschrauben drehen. »Die NWS war ein guter Kickstart,

aber nun brauchen wir langfristige Stabilität und Investitionssicherheit. Die Strategie muss in einen, in sich stimmigen, gesamtpolitischen Rahmen eingebettet werden«, erläutert BET-Studienleiter *Sebastian Seier*. Die vorgesehene Ausschreibung von Elektrolyseleistung, aber auch die Befreiung der Produktion von grünem Wasserstoff von der EEG-Umlage seien wichtige Voraussetzungen für den verstärkten Einsatz von Wasserstoff. Zudem müssten zusätzliche Investitionen in die Infrastruktur auch anerkannt werden.

Die Erwartungen an den neuen Innovationsbeauftragten sind also denkbar hoch. Was alles an Arbeit auf ihn zukommt, weiß Kaufmann nur zu gut. »Der Sommerurlaub ist für mich in diesem Jahr gestrichen«, sagte der CDU-Politiker bei seiner Amtseinführung. *// Lesen Sie weiter auf den Seiten 4 und 5*